

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abgabepreis: Einzel-Nr. 15.— M. Durch Austräger 70.— M. pro Woche. Durch die Post 240.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionssprechst. 5—6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Gottschadowstr. 81059. — Fernsprech-Anschluß: Anna Nr. 8887.

Montag, 11. Dezember 1922

Abgabepreise: Die 8 gespaltenen Millimeterzeile über deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsangebote, Sam. Mitteilungen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 M. Kleinanzeigen per Wort 1.50 Mark. — Metramer: Die Millimeterzeile 8 gespalten über deren Raum im Text 30.— M.

Hermes erklärt den Bankrott Deutschlands.

Im Hauptauschuß des Reichstages gab Finanzminister Hermes ein Bild von der Finanzlage des Reiches. Es war die Bilanz eines Bankrotteurs. Ein Riesendefizit. Im Hauptetat für das Rechnungsjahr 1922 waren in Ausgaben 99 Milliarden Mark vorgesehen. Die Einnahmepositionen ergaben — rechnungsmäßig 115 1/2 Milliarden Mark. Man rechnete also mit einem Ueberschuß von 16 1/2 Milliarden Mark.

Die Geldentwertung hat die Rechnung über den Haufen geblasen, wie Sturmwind ein Kartenhaus durcheinanderwirbelt. Mit dem jetzt vorgelegten Nachtragsetat werden rund 343 Milliarden nachgefordert; das ist das 3 1/2fache der im Hauptetat vorgesehenen Ausgaben. Außerdem hat sich die im Haushaltetat vorgesehene Summe von 210 Milliarden Mark für die Zwecke der Ausführung des Friedensvertrages auf 613 Milliarden Mark erhöht.

Auch das Extraordinarium schließt mit einem Defizit, anstatt 3 1/2 Milliarden Mark, wie vorgesehen war, sind 74 Milliarden Mark verbraucht worden.

Die Nachforderungen belaufen sich auf rund 800 Milliarden Mark.

Der Herr Finanzminister machte die Geldentwertung für die katastrophale Entwicklung der Finanzen verantwortlich. Seit dem 1. April ist die schwebende Schuld Deutschlands um 600 Milliarden Mark gestiegen, allein im November um 235 Milliarden Mark. In diesem Tempo geht es vorläufig noch weiter. Wohl sprach Herr Hermes von dem starken Anziehen der Rohlenpreise und dem hohen Preisniveau für Stabeisen, aber er dachte garnicht daran, die Preispolitik des industriellen Großkapitals, dessen Stützen die Arbeitsgemeinschaften und die Koalitionsregierung sind, verantwortlich zu machen.

Das Finanzelend des Reiches spiegelt nur schwach die ungeheure Not, die über das deutsche Volk gekommen ist. Die Finanzkatastrophe und die fürchterliche Not des Volkes ist ein Erfolg großzügiger, weit ausholender

Stimmepolitik.

Die Rechnung, die Herr Hermes aufmacht, das soziale Elend in den breiten Massen, Geldentwertung, das alles sind Erscheinungen, die sich ganz zwangsläufig aus der Politik des Großkapitals ergeben. Wer hat ein Interesse an schlechter Valuta? Die Großindustrie. Je tiefer der Kurs der Reichsmark, umso niedriger das Lohnniveau, je tiefer die Lohnkosten, je stärker die Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis, umso gewaltiger die Valutagewinne der Exportindustrie. Die nicht ganz zufälligen Schwankungen im Stande des Dollarkurses gibt den Großkapitalisten die Gelegenheit, mit dem hinaufspringen des Dollarkurses die Preise in die Höhe zu reißen, dann bei nachfolgendem Sinken des Dollarkurses den Preis auf der Höhe zu halten, die erforderlichen Devisen hereinzuholen und sodann den Kurs des Dollars wieder höher zu treiben. So erreichte man zweierlei: niedrige Lohnkosten und ein Austrauben der gesamten Wirtschaft. Das Sparkapital, der gebundene Hausbesitz, Hypothekengelder, alles das wurde entwertet, zum Vorteil des Großkapitals. Hätte man beispielsweise die Mieten ebenso in die Höhe treiben lassen, wie die Großkapitalisten die Preise diktatorisch hinaufgesetzt haben, dann hätten diese Diktatoren ganz zweifellos viel höhere Gehälter zahlen müssen, um ihre Lohnsklaven auch nur bei der bisherigen erbärmlichen Lebenshaltung weiter vegetieren lassen zu können. Das Großkapital hat gespart nicht nur auf Könen der Löhne und Gehälter, sondern auch auf Kosten der anderen kapitalistischen Gruppen.

Es mag in diesem Zusammenhang nur daran erinnert sein, daß die Preise für Werkzeugzeugnisse gegenüber den Sägen der Vorkriegszeit um rund 300 000 Prozent gestiegen sind. Die Steigerung bei allen übrigen wichtigen Waren macht dagegen nur 100 000 Prozent aus. Diese Ziffer ergibt sich nach der Gesamtkonstat der „Frankfurter Zeitung“, die 98 verschiedene Waren umfaßt und darunter auch alle eingeführten Waren, also Waren, für die Valutapreise gezahlt werden müssen. Die Großindu-

striellen haben ihre Preise um das dreifache über die allgemeine Steigerung hinaus in die Höhe gebracht. Hier ist der Angelpunkt der ganzen deutschen Wirtschaft.

Das Großkapital, das mit 4 bis 5 Konzernen fast die gesamte deutsche Wirtschaft kontrolliert, verfolgt mit seiner Preispolitik noch viel weiter gespannte Pläne als die der Erlangung großer Gewinne infolge der niedrigen Löhne und durch Valutageschäfte, es will auch die Republik wirtschaftlich zerstören, um sie zu zwingen, alle Reichs- und Kommunalbetriebe dem Privatkapital auszuliefern.

Das Kapital hatte es nicht nur in der Hand, es hat auch tatsächlich jedes Finanzgebahren des Reiches, der Staaten, Gemeinden durcheinandergewürfelt. Die planmäßig herbeigeführte Marktentwertung, die von Stinnes und seinen Leuten auch jetzt noch tapfer verteidigt wird, zwang den Staat, die Notenpresse schneller laufen zu lassen, um die erforderlichen Löhne und Gehälter zahlen zu können, die Preispolitik der Stinnes und Genossen verhinderte auch jede Bilanzierung der Reichsbetriebe. Jede Tarifierhöhung beantworteten die Diktatoren des Großkapitals mit neuen Preissteigerungen. So wurde jede Tarifierhöhung im voraus unwirksam. Auch das hat wesentlich zu dem Riesendefizit im Reichshaushalt beigetragen.

Eine für das Kapital wohlthätige Nebenwirkung der Kursverschlechterung war eine Steuerersparnis, die in die Milliarden geht. Den Arbeitern werden 10 Prozent Zug um Zug vom Lohn abgezogen; die Kapitalisten haben jetzt noch nicht die Steuern aus dem Jahre 1920 restlos bezahlt. Wenn sie jetzt bezahlen, dann zahlen sie mit der entwerteten Mark. Auch dadurch ist das Loch im Reichsjäckel weiter aufgerissen worden.

Noch hat das Großkapital seine Pläne nicht vollständig verwirklicht, aber es ist nahe dabei, die in so großem Umfange bereits durchgeführte Erfassung der Sachwerte auf die

Reichs- und Kommunalbetriebe

auszudehnen. Weil man den Ansprüchen des Großkapitals auf Ueberlassung der Reichsbahnen bisher noch Widerstände entgegensetzt, fassen die Großkapitalisten die Sache von einer anderen Seite an. Sie sind dabei, die Reichsbahnen vollständig bankrott zu machen. Ihre Preispolitik hat die Sache vorbereitet, ihre Verkehrspolitik vollendet das Werk. Jetzt sollen die gesamten Hafenanlagen der Stadt Berlin an die Expeditionsfirma Schenker u. Co. zu einem Preise von einer Milliarde Mark veramtlicht werden. Schenker repräsentiert einen internationalen Verkehrstrust. Er verknüpft die Interessen österreichischer, italienischer, deutscher und amerikanischer Interessen. Zu den Kartenmischern, die im Hintergrunde stehen, gehört auch Stinnes. Was bedeutet die Erwerbung sämtlicher Berliner Hafenanlagen? Es bedeutet die Ueberleitung wenn nicht des ganzen, so doch eines erheblichen Teiles des bisherigen Eisenbahn-Gütertransportes auf dem Wasserweg, Ueberleitung aus dem Staatsbetrieb in Privatbetrieb. Da der Transport auf dem Wasserwege wohl etwas mehr Zeit in Anspruch nimmt, aber nur etwa die Hälfte der Kosten verursacht, wie der Transport auf der Eisenbahn, das Kapital zudem mit der vertrusteten Transportindustrie über alle möglichen Verbindungen erzwingen haben und die Reichsbetriebe in den Sack locken. Die Reichsbetriebe nicht allein, wie das Berramschen der Berliner Hafenanlagen zeigt, werden auch Kommunalbetriebe von Stinnes „sozialisiert“.

Das Großkapital hat das Proletariat und die Republik am Kragen.

Wer aber sind die Schuldigen dafür, daß es soweit gekommen ist? Das sind die Herren Sozialpatrioten, die als Arbeitsgemeinschaften und Koalitionspolitiker das Geschäft für Stinnes eingeleitet und durchgeführt haben. Nur mit der Arbeitsgemeinschaft war die verderbliche Politik möglich, mit den Preiserhöhungen den Lohnsteigerungen immer weit voranzuspringen, so den Abstand zwischen

Löhnen und Lebenshaltungskosten ständig zu erweitern und alle Konsumenten in erhöhte Tributpflicht für das Großkapital hineinzuziehen. Und die Koalitionspolitik stellte die ganze Staatsmacht hinter den großzügigen Plan systematischer Austraubung des ganzen Volkes. Die Gewerkschaften knebelten die Aktivität des Proletariats; der Moskauer Kurs schlug die Gruppen von Proletariern blutig zu Boden, die gegen die Raubpolitik aufbegeherten, die Ober-Sonderjustiz öffnete die Tore von Gefängnissen und Zuchthäusern für alle Arbeiter, die sich nicht willig unterwarfen. Die Koalitionspolitik unterwarf das Proletariat ungeheuren Steuerlasten. Dieselbe Politik verschonte die starken Schultern und gestattete den Großverdienern eine sehr lukrative Steuerabotage. Während die Sozialdemokraten der Arbeiterschaft die Geste des Klassenkampfes zeigten, paktieren sie mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Als man während der Rathenau-Affäre die Massen zu Demonstrationen aufrief, ließen sie es ungestört geschehen, daß die Mörderpartei die Erbschaftssteuer herabsetzten. Und jetzt in dem Augenblick, wo Herr Hermes im Ausschuß die Finanzkatastrophe schildert, setzen in einem anderen Ausschuß die bürgerlichen Parteien die Steuer für große Einkommen herab.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur faktisch die Republik dem Stimmekapital ausgeliefert, sie hat auch ebenso wirklich die gesamte Arbeiterschaft, Angestellte und Beamte an das Stimmekapital verraten und politisch verkauft.

Die Sozialdemokraten wollen ihr Werk vollenden, darum bekämpfen sie Kontrollausschüsse, Aktionen der Betriebsräte, vor allem bekämpfen sie wütend den Versuch, eine Arbeiterregierung zu bilden. Schleunigst wollen sie hinein in die große Koalition, damit sie bald ihr Werk der Berramschung der deutschen Wirtschaft an das Stimmekapital getränkt sehen.

5 Jahre rote Diplomatie.

Von Georg Tschitscherin.

Lange vor dem Weltkrieg, als ich in Paris lebte und Mitglied einer Sektion der Sozialistischen Partei war, begann sich eine starke Welle des Antijemismus und der Feindseligkeit den russischen Emigranten gegenüber zu erheben. Als ich in einer Sektion der Partei darüber zu sprechen kam, daß die Sozialistische Partei gegen diese Erscheinungen und zum Schutze der russischen Emigranten einen energischen Kampf beginnen muß, stieß ich bei vielen meiner Hörer auf eine äußerst feindselige Stimmung. Einige hießen sogar das System der Ausweisungen ausländischer Emigranten gut. Unter dem Aushängeschild des Geusbeismus, Herzeismus und anderen extremistischen Losungen verbargen sich die reinen Nationalisten. Ich gab meinem Unwillen Ausdruck und begann darüber zu sprechen, daß das französische Kapital, wie überhaupt das Kapital der fortgeschrittenen Länder mit Hilfe des Zarismus die russischen werktätigen Massen in der barbarischsten Weise ausbeutet. Der Profit dieser Ausbeutung kommt dem ganzen Frankreich zugute, und Krumen dieses Profits erhalten auch diejenigen Schichten, aus denen die Guesdillen und Herzeisten entstammen. Ich sehe da um mich einen allgemeinen verhältnismäßigen Wohlstand, der durch maßlose Liden der russischen werktätigen Massen erkauft wird. Ich wurde durch Zwischenrufe unterbrochen: „Ihr seid ein Nationalist“. Ich antwortete: „Wenn ich ein Nationalist bin, so bin ich ein Nationalist der Unterdrückten, ein Nationalist der vom Weltkapital ausgebeuteten werktätigen Massen Rußlands, Ihr aber seid Nationalisten der kapitalistischen Ausbeuter.“

Die Arbeiterbewegung schlägt in den fortgeschrittenen und in den rückständigen Ländern tatsächlich einen ganz verschiedenen Weg ein. In den Ausbeuterstaaten stützt sich das Weltkapital auf eine satte Arbeiterbürokratie und auf eine korrupte Arbeiterbürokratie. Der Sozialpatriotismus der Weltkriegsperiode brachte nur in offeneren For-

men die in der Arbeiterbewegung bereits früher vollkommen entwickelten Tendenzen. Wie bekannt, bestand die Theorie des Sozialpatriotismus darin, daß das Kapital und die Arbeiterschaft eines jeden Landes gemeinsam Interessen haben und in ihrem Kampf gegen andere Völker solidarisch sein müssen. Das ist in klarer Form die Theorie jener starken Arbeiteraristokratie, auf die sich in den fortgeschrittenen Ländern die Herrschaft des Kapitals stützt. Wenn in den Ausbeuterstaaten die Arbeiteraristokratie das stärkste Hindernis der revolutionären Bewegung darstellt, und wenn in den ausgebeuteten Kolonialländern vorläufig nur allgemein-nationale Freiheitsbewegungen möglich sind, so schuf die Lage des zwischen diesen beiden Kategorien stehenden Rußlands jene Voraussetzungen, unter denen die Eroberung der Macht durch das Proletariat und die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernrepublik möglich war.

Die Geschichte der letzten fünf Jahre zeigt uns, daß die ausbeutenden und ausgebeuteten, die kapitalistischen und kolonialländer in eine neue Phase des Kampfes miteinander gelangt sind. Der internationale Antagonismus der gegenwärtigen Periode läßt sich in drei Kategorien einreihen:

1. internationaler Kampf zwischen Kapital und Arbeit,
2. internationale Gegensätze zwischen den Großmächten und
3. ein zunehmender Kampf zwischen den großen Industrieländern und den Kolonien.

Als die Arbeiter und Bauern Rußlands sich gegen die herrschende Klasse ihres eigenen Landes erhoben, sahen sie bald ein, daß ihr Hauptfeind das Weltkapital ist. Der Zarismus war nur ein Gehilfe des Weltkapitals, und die schwache russische Bourgeoisie diente nur als Feigenblatt. Die historische Bedeutung der Februarrevolution bestand darin, daß die werktätigen Massen Rußlands sich davon überzeugt haben, daß in dem, sich dem Weltkapital unterordnenden bürgerlichen Rußland in unserer Epoche der wirtschaftlichen Weltbeziehungen keine wirkliche Demokratie möglich ist und die Scheindemokratie nur zur Verhütung der Herrschaft des Weltkapitals und der fortgeschrittenen Ausbeuterstaaten dient. Nachdem das Ententekapital das deutsche Kapital aus Rußland verbannte, benutzte es den Krieg zur weitestgehenden planmäßigen Verflämung Rußlands. Die Arbeiter und Bauern Rußlands, die ihr Leben für die Entente, der sich Kerenski rüchhaltlos unterwarf, opfern mußten, erkannten bald aus eigener bitterer Erfahrung, daß sie dem Ententekapitalismus dienen. Die Novemberrevolution bedeutete daher nicht nur den Sturz der eigenen-herrschenden Klasse, sondern auch eine Auflehnung gegen die Herrschaft des Weltkapitals.

Die oben erwähnten drei Kategorien internationaler Gegensätze kommen nur sehr selten einzeln zum Vorschein. Bei jedem Schritte berühren sie sich, nützen einander aus, sind sogar durch den objektiven Gang der Ereignisse manchmal gezwungen, einander zu stärken. Die internationalen Ziele der Arbeiterklasse fordern die politische und wirtschaftliche Verteidigung des russischen Arbeiter- und Bauernvolkes gegen die Anschläge der Ententeregierungen. Die Widerstände zwischen den Großmächten hatten zur Zeit der Gründung der Sowjetrepublik die Form eines Weltkrieges zwischen zwei Koalitionen. In den letzten Jahren äußerten sich in Form der immer mehr zunehmenden englisch-französischen, japanisch-amerikanischen, englisch-amerikanischen usw. Gegensätze. Sowohl im ersten wie im zweiten Falle liehgewaltigen einerseits die gegeneinander kämpfenden Großmächte mit dem revolutionären Sowjetvolk, andererseits bereiteten sie sich manchmal zu keiner Erwägung. Im allgemeinen dürfen wir sagen, daß die Phasen der Weltgeschichte unserer Zeit, wenn wir von dem Kampfe zwischen der Arbeit und dem Kapital absehen, Epochen der Geschichte des Kampfes um die Kolonien sind. Der Kampf zwischen den führenden kapitalistischen Großmächten geht um die Frage, wer und wen sie in die Reihe der unterdrückten Völker herabziehen und in eine Kolonie verwandeln können. So wurde Deutschland zum Opfer dieses Kampfes, und das war kein Resultat individueller Fehler, sondern bloß ein Symptom davon, daß auf dem Gebiete des Finanzkapitals England das herrschende Weltzentrum, das Haupt des Weltkapitals ist. Deutschland konnte England unter keinen Umständen belegen. Aus der früheren mitteleuropäischen Koalition wurden unterdrückte, ausgebeutete Länder, und die jetzigen wirtschaftlichen Vorgänge in Deutschland sind nur Schritte in der Richtung einer weiteren wirtschaftlichen Unterwerfung.

Die Geschichte der letzten fünf Jahre weist zwei einander diametral gegenüberstehende Tendenzen auf: die Bestrebung zur Stärkung der Weltwirtschaft der großen Ententezentren und zur allmählichen Ermattung der schwächeren Länder, gleichzeitig aber auch die Freiheitsbewegung der unterdrückten Länder, die Freiheitsbewegung der unterdrückten Länder gegen die Diktatur der Starken. Die Verwicklung dieser zwei einander diametral gegenüberstehenden Vorgänge ist eine der wichtigsten Ursachen der Komplexität unserer zeitgenössischen Geschichte. In den herrschenden Ländern selbst haben wir gleichzeitig eine Bewegung zur Stärkung der Herrschaft der reaktionären oligarchischen Kräfte und die entgegengesetzte Bestrebung der unterdrückten Mittelklassen und breiteren Massen, die durch populäre Parteien und Erregung demokratischer Parteien ihre Rettung suchen.

Früher den reinen Industriezentren einseitig und den reinen Kolonien andererseits hat Rußland schon früher eine besondere Stellung eingenommen, um so mehr heute, nach der Gründung der Arbeiter- und Bauernmacht. In der ersten Periode unserer Erregung befanden wir uns in den Krallen des imperialistischen Deutschlands. In der

Severing in seiner Vaterstadt.

Eine schwere Blamage zog sich der Herr Minister Severing kürzlich in seinem Heimatsort Bielefeld zu, wo er von der SPD. als als große Kanone für einen Vortrag über das Thema „Deutschlands Not und die Sozialdemokratie“ herbeigeholt worden war. Man wollte, obwohl es sich um einen öffentlichen Vortrag handelte, keine Diskussion zulassen. Unsere Genossen stellten schriftlich einen begründeten Antrag, eine Aussprache zuzulassen. Als Severing nun, ohne daß unseren Genossen das Wort zur Geschäftsordnung gegeben wurde, einfach mit seinem Vortrag beginnen wollte, verhinderte ihn die entpörrte Versammlung am Sprechen. Zuerst versuchte Severing, den Polizeiminister herauszubeißen. Folgendes Zwiegespräch entwickelte sich z. B. zwischen dem Herrn Minister und einer unserer Genossinnen:

Genossin S.: Lassen Sie uns doch zur Geschäftsordnung reden!

Severing: Sie vor allen Dingen sollen Ihren Mund halten, sonst passiert Ihnen was!

Genossin S.: Wie tun doch nur das, was Du uns anleerst hast!

Severing: Sofort halten Sie den Mund, oder Sie sollen was erleben!

Genossin S.: Ach Du willst wohl sonst Deine Schupo holen lassen?

Severing: Ja, wenn Sie jetzt nicht ruhig sind, lasse ich die Schupo holen!

Genossin S.: Du selbst hast uns immer die Redefreiheit propagiert und deshalb lassen wir uns auch nicht mundtot machen.

Als dann der Lärm andauerte, stürzte sich Severing auf unseren Parteivorstand mit den Worten: „Sie werde ich dafür belangt.“ Unter ungeheurer Gelächter der Umstehenden erhielt der Polizeiminister die Antwort: „Mensch, Severing, Du blamierst Dich ja!“ Darauf sah der Herr Minister ein, daß es so nicht ging und versprach feierlichst, er werde im Januar in einer öffentlichen Versammlung Rede und Antwort stehen, wenn man ihn jetzt, wo er keine Zeit habe, seinen Vortrag halten lasse. Nachdem er dieses feierliche Versprechen abgelegt hatte, durfte der Herr Polizeiminister seine Rede vom Stapel lassen.

russischen Frage standen in Berlin zwei Tendenzen miteinander im Kampfe: Das Kriegsregime Ludendorffs wollte Sowjetrußland durch Waffengewalt erdrücken und aus ihm eine zweite Ukraine machen. Ludendorff wollte nur provisorisch seine Offensive einstellen. Unsere Taktik bestand darin, daß wir gegen das Kriegsregime die Interessen der deutschen Industrie und des deutschen Handels auszuspielen versuchten. Wir sagten Stresemann und anderen weislichen und einflussreichen bürgerlichen Politikern: Aus der Verwandlung Rußlands in eine zweite Ukraine werdet Ihr nichts gewinnen. Das würde nur zu ständigen Freiheitskämpfen, zu Kämpfen unterirdischer Organisationen gegen Euch führen. Die Industrie und der Handel können sich nicht erlauben und Ihr würdet Rußland in eine Wüste verwandeln, ohne daraus irgendeinen Nutzen ziehen zu können. Nur der entgegengesetzte Weg, der Weg einer Verständigung mit uns, kann zum wirtschaftlichen Aufblühen Rußlands und zu wirtschaftlichen Vorteilen für Euch führen. Diese Argumente haben ihr Ziel nicht verfehlt, und die deutschen Industriellen- und Handelskreise streben im Gegensatz zum Kriegsregime zu einem friedlichen Eindringen in Rußland.

(Schluß folgt.)

Ludwigshafen maß flehen.

Der Rat des Reichsausschusses der Betriebsräte Deutschlands ist nicht ungehört verhallt. Gerade weil es eine Amüerdamer Bürokratie ablehnt, auch nur einen Pfennig zur Unterstützung dieses berechtigten Kampfes zu geben, weil sie im Gegenteil alles tut, um die Tore der Fabrik gegen den Willen der Streikenden zu öffnen, lassen es sich die deutschen Arbeiter angelegen sein, von ihren elenden Löhnen doch noch etwas zu erübrigen.

Die Gemeindearbeiter in Ammerdorf bei Halle beschloßen, für die Ludwigshafener Arbeiter 100 Mark pro Mann und Woche abzuführen.

Die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer in Halle nahm einen Antrag an, aus den Mitteln der Lotterielose 20 000 Mark nach Ludwigshafen zu schicken.

Die Leipziger Ortsgruppe der oppositionellen Bauarbeiter schickte 200 000 Mark nach Ludwigshafen zur Unterstützung des Kampfes.

Wie aus der Hamburiger Kontrollansicht (Zunehmenschau der Betriebsräte) mitteilt, hat er aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sofort 50 000 Mark an die streikenden Arbeiter in der Pfalz, die von den Gewerkschaftsleitungen im Stich gelassen wurden, überwiesen.

Die Vollversammlung der Berliner Betriebsräte nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie den Streikenden in der Pfalz Solidarität anspricht und die Arbeiter verpflichtet, wöchentlich 100 Mark zur Unterstützung der Streikenden abzuführen. Eine ähnliche Resolution wurde von einer Betriebsrätevollversammlung in Solingen angenommen.

Ein Sieg des Amüerdamer wird nicht nur die Abregelung aller revolutionären Elemente bedeuten. Ein Sieg dieser großen Scharmacher bedeutet die Einführung des

zehnstündentages im Anilinongern, bedeutet größere Arbeitslosigkeit im ganzen Reich, bedeutet weitere ungeheure Verelendung.

Die deutsche Arbeiterschaft muß den Anfängen des Stinnesprogramms wehren, will sie nicht die letzten Errungenschaften der Revolution preisgeben.

Ungebrochener Kampfeswille der Streikenden.

Wie aus Ludwigshafen berichtet wird, geht der Riesenstreik der Amüerdamer und der mit ihnen Solidarität üübenden Großbetriebe mit unerminderter Macht weiter. Die Kämpfenden sind einig und geschlossen und gewillt, bis zum vollen Sieg durchzuhalten.

Von einem Abflauen des Streiks, wie in der sozialdemokratischen Presse berichtet wird, kann keine Rede sein. Alle derartigen Nachrichten sind nur berechnet, die Solidaritätsaktion der deutschen Arbeiterschaft zu sabotieren. Die Streikleitung hat lediglich beschlossen, daß eine Anzahl Kleinbetriebe, deren weiteres Verbleiben im Streik sehr, nachdem sie ihre volle Solidarität und Kampfesgeschlossenheit bekundet haben, keinerlei Bedeutung mehr haben kann, die Arbeit wieder aufnehmen.

Mit um so eifriger Entschlossenheit und unerschütterlicher Energie kämpfen die Arbeiter der Großbetriebe weiter. Das Chemische Kapital muß und wird mit seinem Vorstoß zurückgewiesen werden. Die Solidaritätsfunderhebungen aus allen Teilen des Reiches haben den Kampfesmut der Streikenden stündlich gesteigert.

Die heldenhaften Frauen.

Am Dienstag, den 5. Dezember, fand vor dem Rathaus in Ludwigshafen eine große Frauendemonstration statt. Eine Delegation der Frauen wird vom Bürgermeisteramt empfangen und erhält die Zusage, daß auch Punkt drei der Forderungen: **Zuwelung von Lebensmitteln und Milch für die Kinder der Streikenden** bewilligt sei. Ueber die anderen drei Forderungen werde der Stadtrat mit der Kreisregierung verhandeln und sich für die Forderungen einsetzen. Die Milch- und Lebensmittelverteilung soll heretis morgen beginnen.

Bei dieser Frauendemonstration spielten sich erschütternde Szenen ab. Frauen rissen ihre Kleider herunter und zeigten, daß sie auf dem nackten Weibe nur ihre Oberkleider tragen. Unterwäsche und Hemden sind diesen Armen seit langem ein fremder Begriff. Als man den Frauen zureden wollte, sie sollen auf ihre Männer einwirken, daß sie wieder arbeiten, da dann die Not beseitigt würde, antworteten sie: Je mehr Arbeit je mehr Not! Wir haben nichts mehr zu verlieren, Wir haben schon alles verloren! Die Frauendemonstration verlief ohne Zwischenfall. Die Polizei, die stark aufmarschiert war, verhielt sich der ersten Situation entsprechend ruhig.

Was Dissmann sagt.

Herr Wilhelm Dissmann, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, hat in einer innerparteilichen Auseinandersetzung erklärt:

„Der Kampf, den die Ludwigshafener Arbeiter führen, ist ein gerechter Kampf. Die Gewerkschaften müßten ihn unterstützen, weil sie sich in der Betriebsrätefrage festgerannt haben und nicht zurück können.“

Dissmann macht in Opposition, weil er den Druck der Massen spürt und fürchtet, den Anschluß zu verlieren. Aber er spricht dabei die Wahrheit aus. Dissmanns demagogische Versuche, die Arbeiter einzufangen, dürfen nicht gelingen. Aber seine Eingeständnisse müssen den Arbeitern zeigen, um was es geht, und sie zwingen, den Verrat der Bürokraten zu brechen.

Die Sühne-Note.

In Passau und Ingolstadt haben Nationalitäten-Ententekommissare beschimpft, die Fenster ihrer Automobile eingeworfen. Für diese Heldentat des deutschen Geistes haben diese beiden Städte zusammen 500 000 Goldmark (2 Milliarden Mark) Buße zu zahlen, widrigenfalls die Franzosen die staatlichen Einnahmen der Pfalz beschlagnahmen. Im Laufe des Sonnabends übergab nun die deutsche Regierung die Sühnenote an Paris, nachdem eine Einigung mit der bayrischen Regierung bereits erfolgt ist.

Des Volkes Not.

Die ständige Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Volksschichten des Proletariats kommt in dem Rückgang des Fleischverbrauchs zum Ausdruck. Das Statistische Landesamt veröffentlicht die Ergebnisse der Schlacht-, Vieh- und Fleischbeurteilung in Preußen für das dritte Vierteljahr 1922. Danach ergibt sich, daß im Vergleich mit der gleichen Zeit des Vorjahres der Gesamtverbrauch an Fleisch zurückgegangen ist von 182,4 Millionen Kilogramm auf 163,4 Millionen Kilogramm. Der Rückgang macht fast 15 Prozent aus. Dabei ist aber noch folgendes zu erwähnen: In Deutschland leben Hunderttausende von Ausländern, der größte Teil davon in Ernährungserlaubnis. Rostet z. B. das Pfund Schweinefleisch Preußen. Die zahlreichsten Ausländer waren sich die beste 600 Mark, so muß ein Arbeiter den Lohn von mindestens 3 Stunden hergeben, um ein Pfund bezahlen zu können, der Amerikaner aber bekommt für einen Dollar 13 Pfund Schweinefleisch; rechnet man mit dem Friedenskurs des Dollars, dann bezahlt der Amerikaner, überhaupt jeder, der mit Dollars einkauft, für ein Pfund Schweinefleisch 32 Pf. Daß die Ausländer bei so niedrigen Preisen große Mengen wehmen, ist erklärlich und selbstverständlich. Auch die deutschen Bauernschicker können sich fast Fleisch gönnen. Dagegen hat die weitaus größte Bevölkerung ihren Fleischverbrauch auf einen ein Drittel und noch weniger eingebrochen müssen. Dafür sollen die Arbeiter noch länger kämpfen. Also befehlt Herr Dyllen und die Gewerkschaftsbürokraten diesen die gleichen

Agrarier lassen Arbeiter niederstießen.

Ein Fall, wie er leider nicht selten vorkommt, hat sich in Hadmersleben (Kreis Magdeburg) zugegetragen. Der Arbeiter Kusch, der im 41. Lebensjahre steht, und Vater von vier Kindern ist, hat etwas Kleinvieh, und weil er etwas Futter und Stroh brauchte, suchte er in seiner Not in den Strohdübeln des Rittergutsbesitzers Heine etwas zu erlangen. Bei der Heiligkeit des Privateigentums ließ aber der Rittergutsbesitzer Polizisten aufmarschieren, die den Arbeiter Kusch niederstießen und im Straßengraben liegen ließen. Der Arbeitermörder heißt Batge (aus Hadmersleben) und ist verschwunden. Die Guter und Raubritter vom Schlage der Käthe auf Gehow machen in der Republik überall Schule — bis die Arbeiter ausgeräumt haben.

Reichstagsfigung

vom 7. Dezember.

Ohne Debatte wurde in der Mittwochssitzung eine Novelle zum Lichtspielgesetz betr. Filmprüfverfahren angenommen, sowie eine Novelle zum Postgesetz, wonach die Ersatzleistung für verlorene Postsendungen der Geldwertung angepaßt wird.

Beim Nachtragsetat des Reichspostministeriums spricht für unsere Partei Genosse Barx dem neuen Reichspostminister das schärfste Mißtrauen aus. Der neue bayerische Herr, Namens Stengel, wird ebenso wenig wie sein Vorgänger Giesberts die reaktionären Beamten aus der Postverwaltung entfernen. Dagegen lehne er nicht vor Massenentlassungen der untersten Beamten zurück. Zur Schaffung einer Streikbrechergarde bei der Post werde für die Tenoschon in den Schulen offen Propaganda gemacht. Gespart werde nur bei den Helfern und Kriegsbeschädigten. Man sollte lieber das obere Beamtentum reduzieren. — Der Etat wird gegen die Stimmen der Kommunisten unverändert angenommen.

Beim Nachtragsetat zum Reichshaushalt spricht sich ein Zentrumsabgeordneter über den luxuriösen Bedarf der Befugungsarmee in dem Rheinland. Reber die mindestens ebenso aufreizenden Schwelgereien der Kapitalisten vergaßen er und das Haus sich zu enttäuschen. — Der Etat wurde gegen die kommunistischen Stimmen bewilligt. Hierauf vertrat sich der Reichstag auf Montag, den 11. Dezember: Nachtragsetats und kleine Vorlagen.

Der sozialpolitische Ausschuss

des Reichstages hat bei der Beratung über die Unfallversicherung die Versicherungsgrenze auf 1 200 000 Mk. erhöht und auch sonst einige Verbesserungen nach unseren Vorschlägen angenommen, so z. B. die Drittelungsgrenze auf 360 000 Mk. und das Sterbegeld auf 30 000 Mk. Die Regierungsvorlage sah als Sterbegeld nur 10 000 Mk. vor. Unsere Anträge auf Erhöhung des Stillgeldes, des Wochengeldes und der Entbindungskosten (letztere auf 3000 Mk.) über den bürgerlichen Kompromißantrag hinaus wurden abgelehnt.

Die kommunistische Fraktion des Reichstages hat zwei Anträge eingebracht, die auf Grund der außerordentlichen Notlage der Sozialrentner eine sofortige Erhöhung der Renten fordern und darüber hinaus die Bereitstellung von 10 Milliarden für außerordentliche Notstandsmaßnahmen, für die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestellten-Versicherung, der Kleinrentner und Rentenlosen verlangen zur Beschaffung billiger Lebensmittel, Kleidung und Heizstoffen.

Wie sie wiederaufbauen . . .

Die sozialdemokratischen Quacksalber schreien:

Stabilisierung der Mark!

Moratorium!

Goldanleihe!

Steigerung der Produktion!

Die Tatsachen (und Stimmes) hegen:

1 Mark	= 1/10 Pfennig
1000 Mark	= 50 Pfennig
1 Maß Brot	400 Mark
1 Pfund Margarine	1200 Mark
1 Ei	70 Mark
1 Schrippe	15 Mark
1 Pfund Kartoffeln	10 Mark
1 Pfund Butter	1600 Mark

Abkaffung des 8-Stundentages!
10-Stundentag ohne Mehrlohn!

Soziale Demokratie.

Lohn- und Rentenempfänger.**)

	Monatlich ca. M
Ein gesunder kaiserlicher General, Pension	300 000
Der Herr Reichspräsident	1 000 000
Ein Eisenbahnminister, der gegen Hungerlöhne streifende Eisenbahner als Hundsfötter bezeichnete	350 000
Herr Veinert, Präsident des Preuß. Landtags*)	350 000
Der Direktor einer Großbank (ohne Nebenbez.)	600 000
Ein Aufsichtsratsmitglied von nur 12 Gesellschaft.	500 000
Der Chef der obersten Seeresleitung dieser Republik, Herr General von Seeckt	300 000
Ein Erzbischof	300 000

	Monatlich ca. M
Ein kriegsunvalider Stumpf (ohne Arme, Beine und Augen)	6 753
Ein Kriegsschädigter (80 Proz. erwerbsunf.)	957
Ein Kriegsschädigter (50 Proz. erwerbsunf.)	513
Ein hochqualifizierter Arbeiter	30 000
Ein Straßenbahnkassierer	18 000
Ein Privatdozent	6—12 000
Eine Zeitungsverkäuferin	7 200
Ein Arzt (in der Charitee)	25 000
Ein Lokomotivführer	25 000
Eine Warenhausangestellte	18 500
Ein Stadt-Berlin-Arbeiter (nach 23 Dienstjahr.)	19 000
Ein Gas-, Wasser-, Elektrizitätsarbeiter	19 500
Ein Briefträger	18 250

(Aus dem Novemberheft des „Forum“.)

*) Als Oberbürgermeister von Hannover erhält Herr Veinert, außer diesen 350 000 Mark noch das schöne Gehalt eines Oberbürgermeisters.

**) Diese Zahlen sind den Verhältnissen in Berlin im Anfang November entnommen und heute teilweise überholt. Das Verhältnis der Gehälter zueinander hat sich wesentlich nicht verändert.

Das Londoner Programm.

Ueber die bevorstehende Londoner Konferenz weiß der Berichterstatter des „Matin“ zu melden, daß man dort erfahren habe, Poincare wünsche zunächst die Frage der Kontrolle der deutschen Finanzen und der produktiven Pfländer zu erörtern, und zwar der Pfländer über die Staatswaldungen und Bergwerke. Diese Forderungen Poincares würden von Italien, Belgien und selbst von England unterstützt werden.

Die Anerkennung Sowjetrußlands von der TschechoSlowakei.

Prag meldet aus Prag:

Die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung, die durch eine Resolution im Ausschuss des Abgeordnetenhauses gefordert wird, hat zu einer Krise in der Regierungskoalition geführt. Die Agrarier und die Nationaldemokraten wenden sich gegen die Resolution und drohen, in der Vollversammlung des Abgeordnetenhauses dagegen zu stimmen. Es sind jetzt Verhandlungen zwischen Regierung und den Mehrheitsparteien im Gange, um die Krise beizulegen.

Im auswärtigen Ausschuss wurde der kommunistische Antrag auf sofortige Anerkennung der Sowjetregierung mit einem Zusatz, daß die diesbezüglichen Verhandlungen „im geeigneten Zeitpunkt“ aufgenommen werden sollen, mit den Stimmen der großindustriellen Parteien angenommen. Diese Annahme erklärt sich aus der schweren Wirtschaftskrise, die auf der tschechoslowakischen Industrie lastet. Während aber die Großindustrie für die Anerkennung Sowjetrußlands eintritt, um Wirtschaftsbeziehungen anzuknüpfen zu können, wird dieser Plan vom Finanzkapital, das sich in der gegenwärtigen Wirt-

schaftskrise riesenprofite sichert, und auch von den durchaus antibolschewistisch eingestellten Großagrariern aufs heftigste bekämpft. Das tschechische Finanzkapital, Raschin und Kramar, ist auch der Träger der Interventionenpolitik gegen Sowjetrußland. Daß die tschechische Regierung diese Interventionenpolitik nur geheim betreiben konnte, lag am Widerstand der Arbeiterklasse und auch an den industriellen Kreisen. Der innere Kampf der tschechischen Bourgeoisie macht es ihr unmöglich, eine eindeutige Politik gegenüber Sowjetrußland zu treiben.

Die englischen Handelskammern zur Reparationsfrage.

Der Vollzugsausschuss des Bundes englischer Handelskammern hat einen Antrag angenommen, der folgende Forderungen aufstellt: 1. Deutschland muß ein Moratorium auf mehrere Jahre gewährt werden, 2. Die Reparationssumme die Deutschland tatsächlich bezahlen kann, muß ein für alle Mal festgesetzt werden und zwar so, daß der Handel der Alliierten keiner Schäden dadurch erleidet, 3. Die Art der Sanktionen gegen Deutschland muß von allen Alliierten genehmigt werden, 4. Deutschland muß so schnell als möglich eine große internationale Anleihe gewährt werden.

Mussolini führt die Lohnsteuer ein.

Der famose Steuerabzug vom Arbeitslohn, wie er in Deutschland und Frankreich gehandhabt wird, soll nun auch dem italienischen Proletariat beschert werden. Die tschechische Regierung hat beschlossen, zunächst bei den Staatsarbeitern die Lohnsteuer einzuführen, die Arbeiter der Privatindustrie werden nachfolgen. Das sind die Segnungen der weihgeduldeten Herrschaft.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

„Gut, dann wollen wir unser Anglück feiern! . . . Wollen wir beide vereint nach Sibirien gehen, in die Zwangsarbeit? Wie? . . . Aber das hat noch Zeit. Vorläufig werden wir unseren Schmerz und unsere Liebe genießen. . . . Jetzt mögen sie mich mit glühenden Zangen brennen. . . . Ums Herz ist mir's leicht. . . . Nichts mag ich bereuen!“

Erhielt von ihren Gesprächen und erregt von ihren Beschreibungen, schauten sie einander wie durch einen Nebel an. Es war heiß und eng in ihren Kleidern.

Durch das Fenster schaute einträchtig grau der Himmel. Ein kalter Nebel umhüllte die Erde und feste sich an den Dächern als weißer Reif fest. Im Gärtchen vor den Fenstern wogte eine junge Birke leise ihre dünnen Zweige hin und her und schüttelte den Schnee von ihnen ab. Der Winterabend brach an.

15.

Ein paar Tage später brachte Lunew in Erfahrung, daß als mutmaßlicher Mörder des Kaufmanns Poluektow ein hochgewachsener Mensch in einer Sammelkammer gefastet werde. Bei den Nachforschungen, die in dem Geschäft des Samowreten angestellt worden waren, hatte man zwei silberne Metallbeschläge von Heiligenbildern gefunden, und es stellte sich heraus, daß dieselben gestohlen waren. Der Kaufbursche der in dem Wechselgeschäft angestellt war, hatte angegeben, daß diese Beschläge drei Tage vor dem Mord von einem hochgewachsenen Menschen in kurzen Hosen mit Namen Andrej Klawst worden waren, daß dieser Andrej an Poluektow beizits zu verschiedenen Malen silberne und goldene Gegenstände verkauft hatte, und daß Poluektow ihm Geld auf Vorhand gab. Ferner wurde bekannt, daß am Abend vor dem Mord und am Tage der Tat ein Mensch, auf den die Beschreibung des Kaufburschen päßte, in den öffentlichen Häusern der Stadt viel Geld verjubelt hatte.

Jeden Tag hörte Ija irgend etwas Neues in dieser Angelegenheit. Die ganze Stadt interessierte sich lebhaft für das raffiniert ausgeführte Verbrechen, und überall, in den Straßen wie auf den Straßen, sprach man davon. Aber für Lunew hatten alle diese Gespräche nur geringen Reiz. Die Nachricht von der Gefahr war von keinem Herzen abgefallen. In der Schorf von einer Wunde, und statt ihrer empfand er jetzt nur das Gefühl einer gewissen Unbeholfenheit. Während er aufmerksam auf alles hinhörte, was von dem Verbrechen gesprochen wurde, dachte er nur an eins: wie wird

sich jetzt sein Leben gestalten? Was erwartete ihn in der Zukunft? Und das Vertrauen, daß man den Mörder nicht entdecken werde, befestigte sich in ihm mit jedem Tage.

Er kam sich vor wie ein Rekrut vor der Aushebung, oder wie ein Mensch, der sich nach einem weiten, unbefannten Ziel auf den Weg macht. Mehr als früher hatte er das Bedürfnis, einam für sich zu leben und über sich selbst nachzudenken. Aber rings um ihn zählte und brodelte das Leben, wie das Wasser in einem Kessel, und fast jeden Tag geschah etwas, das ihn von seinen Gedanken über sich selbst ablenkte. Er war blaß geworden und abgemagert.

In der letzten Zeit hatte sich ihm Jakow wieder mehr genähert. Zerzaust und unordentlich angezogen, drückte er sich zwedlos in der Schenke und auf dem Hofe herum, blühte auf alles zerstreut und mit irren Augen und hatte das Aussehen eines Menschen, der von ganz besonderen Vorfstellungen in Anspruch genommen war. Wenn er Ija traf, fragte er ihn geheimnisvoll, mit halblauter Stimme oder im Flüsterton:

„Hast du keine Zeit, mal mit mir zu plaudern?“

„Hah! Geduld! Jetzt kann ich nicht. . .“

„Ach du! 's ist was sehr Wichtiges. . .“

„Was denn?“ fragte Ija.

„Ein Buch! Ich sag' dir, Bruder, was da drin steht — o, o!“ sprach Jakow mit schreckhafter Miene.

„Sag' mich mit deinen Büchern! Sag' mir lieber — warum sieht mich dein Vater jetzt immer so finster an?“

Aber für das, was in Wirklichkeit geschah, hatte Jakow nun einmal keinen Sinn. Auf Ijas Frage machte er ein ganz erstauntes Gesicht, als ob er nicht recht verstände, und sagte:

„Was? Ich weiß nichts. Das heißt . . . einmal hörte ich, wie er mit deinem Onkel darüber sprach . . . irgend so was, daß du nämlich fastes Geld vertriebst. . . . Aber das hat er mir so aus Unfinn gesagt.“

„Woher weißt du denn, daß er's nur aus Unfinn sagte?“ fragte Ija lächelnd.

„Na, was heißt denn das? Fastes Geld! Dummes Gerede!“ und mit einer abweisenden Handbewegung schüttelte er Ija das Wort ab. „Plaudern also willst du mit mir nicht? Hast keine Zeit?“ fragte er dann nach einer Weile, indem er mit seinen anstehenden Augen den Kameraden ansah.

„Von deinem Buche?“

„Ja — a . . . Da ist dir eine Stelle, die ich neulich las, au, au, au, mein Lieber!“

Und der Philosoph schnitt eine Grimasse, als ob er sich mit irgend etwas verbrüht hätte. Lunew schaute auf den Freund wie auf einen Sonderling, einen halben Idioten.

Bißweilen erchien ihm Jakow wie ein Blinder. Er hielt ihn für einen unglücklichen Menschen, der dem Leben nicht gemach'en war. Im Hause sprach man davon — und die ganze Straße mußte herbeiz — daß Petruschka Silimanow sich mit seiner Geliebten, die in der Stadt ein öffentliches Haus hielt, verheiratet wolle. Aber Jakow behielt sich gegen dieses Gerücht vollkommen gleichgültig. Als Lunew sich bei ihm erkundigte, wann die Hochzeit sein werde, fragte Jakow einfüßig:

„Wessen Hochzeit?“

„Na, deines Vater.“

„Ach — wer mag's wissen. . . . Der Schamloßel! Eine schöne Heze hat er sich ausgesucht!“

„Weißt du auch, daß sie einen Sohn hat — einen großen Jungen, der das Gymnasium besucht?“

„Nein, ich wußte es nicht. . . . Warum?“

„Er wird deinen Vater mal beerben.“

„Aha!“ sagte Jakow gleichgültig. Plötzlich aber wurde er lebendig:

„Sinen Sohn, sagst du?“

„Na, ja.“

„Ein Sohn. . . . Das wäre für mich ganz günstig, nicht? Mein Vater könnte ihn hinter's Büfett stecken — und ich könnte dann machen, was ich wollte! Das würde mir passen.“

Und wie im Vorgeschnad der ersehnten Freiheit schmauchte er mit den Lippen. Lunew sah ihn mitteilidig an und sagte spöttisch:

„Das Sprichwort hat doch recht: Ob dem dummen Kinde eine kleine Möhre, dann will's kein Brot haben! Ach, daß ich kann mir's wirklich nicht vorstellen, wie du einmal leben wirst!“

Jakow stunkte, sah Ija mit seinen großen, hervorquellenden Augen an und sagte dann hastig (flüsternd):

„Ich weiß schon, wie ich leben werde! Hab' schon darüber nachgedacht! Vor allem muß man Ordnung schaffen in seiner Seele. . . . Man muß begreifen, was Gott von einem verlangt! Jetzt seh' ich nur eins: die Wege der Menschen haben sich verwirrt wie Fäden, und nun werden sie nach verschiedenen Seiten gezogen, und keiner weiß, woran er sich halten, nach welcher Seite er sich ziehen lassen soll. Da wird man der Mensch geboren — niemand weiß warum, und lebt — bläst allen das Lebenslicht aus. . . . Vor allem muß ich doch wissen, wozu ich auf der Welt bin — nicht wahr?“

„Ach du! Hast dich ganz in deine Hirnspinnweben verrennt!“

„Lage Ija gezwungen. „Möcht' wissen, welchen Sinn die haben!“

(Fortsetzung folgt.)

Schleifische Rundschau.

Die Not der oberschlesischen Flüchtlinge.

Von der Pressestelle beim Oberpräsidium wird und geschrieben:

Die Zentralstelle für die schlesische Flüchtlingsfürsorge, die unter Leitung des Oberpräsidenten v. D. Phillipps arbeitet, bezieht die Zahl der oberschlesischen Flüchtlingsfamilien auf ungefähr 14.000, von denen etwa 5000 unter allen Umständen untergebracht werden müssen. Zur Zeit befinden sich im Bau 164 Baracken-Wohnungen, 80 Zehntel-Wohnungen (zwei-geschossige Fachwerkbauwerke), 218 instandzuhaltende Baracken-Wohnungen, 112 Dachstuhl-Wohnungen; ferner sind 172 Baracken im Aufrufen. Bezugsfähig sind von diesen bisher 38 Wohnungen. Die Bauten verteilen sich auf Hindenburg, Zabrze, Bismarck, Beuthen, Ratibor, Gleiwitz und Mischowitz. Ferner sind für Gleiwitz Stegel- und Wandmaterial für ungefähr 100 Wohnungen bereitgestellt, außerdem Baracken von Wroclaw und anderen Orten in Aussicht gestellt, aus denen sich ungefähr 150 weitere Wohnungen herstellen lassen dürften. Abgesehen von den Instandsetzungen sind also zünftig 678 Wohnungen vorgezogen. Die Erstellung der weiteren 100 Wohnungen für Gleiwitz stößt deshalb auf Schwierigkeiten, weil die dortige Stadtverordnetenversammlung sich leider gegen Geländeerwerbungen für Flüchtlingsbauten ausgesprochen und dadurch Hemmnisse geschaffen hat, die vorläufig noch nicht überwinden werden konnten. Die Bauzeit für jede Wohnung beträgt 10 Wochen; von Weihnachten 1922 ab können Wohnungen fortlaufend bezogen werden. Die Kosten für die genannten Wohnungen und Instandsetzungen belaufen sich auf rund 650 Millionen Mark, so daß für die noch zu errichtenden 4300 Wohnungen zumal angesichts des inzwischen erfolgten Steigens der Materialpreise und Löhne noch gewaltige Mittel erforderlich sind.

Die Gefährdungsverhältnisse in den für Flüchtlingsfiedelungen in Betracht kommenden Gemeinden haben durchweg Schwierigkeiten gemacht. Es muß mit der Inanspruchnahme und dem Ausbau vorhandener städtischer Gebäude (Infanterie-Kaserne in Gleiwitz, Zeughaus in Ratibor) gerechnet werden. Bei der Heeresfriedenskommission ist beantragt worden, die in Carlowitz befindlichen Kasernen zum Ausbau von Notwohnungen für die Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Da der Transport des Materials anfangs auf Schwierigkeiten stieß, so ist auf den Antrag der Zentralstelle von den Reichsbahndirektionen sofortige Waggoneinstellung und bedingte Beförderung sowie Durchlauf durch gesperrte Stationen bewilligt worden. Im ganzen darf man also feststellen, daß die Arbeit in Gang gekommen ist und im Rahmen des Möglichen gefördert wird.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums konstatiert also, daß die Arbeit in Gang gekommen ist. Die Zeit, welche die Behörden dazu brauchen, um die Arbeit in Gang kommen zu lassen, umfaßt die Zeit von 5 Monaten und erst im letzten Herbst begann man mit der Bauarbeiten. Inzwischen ist die Not der Flüchtlinge auf das Höchste gestiegen und es muß dringend gefordert werden, daß die Kassen umgehend den Flüchtlingen überlassen werden. Ferner müssen die großen Wohnungen und Villen der Besitzenden beschlagnahmt und den Flüchtlingen überwiesen werden.

Vorbereitungen in Oberschlesien.

In der Nacht Durchzug jagt ein zirkel 100 Mann starker Trupp von Nationalsozialisten mit Trommeln und Pfeifen, einer schwarz-weiß-roten Fahne und mit lautem Gesang des Ehrhardtliedes die Stadt Beuthen.

Jede Art von Polizei — auch die Schupo — war während des Anmarsches und der massenhaften Durchziehungen aus den Straßen der Stadt vollständig verschwunden. Der nächste Gehörte der Ehrhardtliebe wurde infolgedessen durch keinerlei behördliche Ordnung befristet.

Warum auch? Sie schätzen ja die Verfassung.

Aus der Partei.

An alle Kreis- und Ortsgruppenleiter.

In diesen Tagen gingen den Ortsgruppen die neuen Mitgliedsbücher zu, die ab

1. Januar 1923 Gültigkeit

haben. Die Ortsgruppenleiter haben sofort Sorge zu tragen, daß die Mitgliedsbücher auf dem schnellsten Wege in die Hände der Gemeindegelungen. Die Mitgliedsbücher dürfen nur gegen Rückgabe der Karten verabfolgt werden.

Der Preis eines jeden Buches beträgt:

10 Mark.

Mit der gleichen Sendung kommen die Beitrittsmarken zum Versand. Die Preise werden dafür auch bekanntgegeben. Auch sie gelten ab 1. Januar.

Somit bezieht der Parteileiter die Bezirke die Kosten ihrer Delegierten zum Parteitag selbst zu tragen. In diesem Zweck hat die Zentrale eine Karte zum Preise von

20 Mark

herausgegeben, die jedes Mitglied haben muß. Die Karten, die künstlerisch gefertigt sind, tragen das Bildnis von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Der Antrag der Karten wird voll an die Kasse der Bezirksleitung abgeführt.

Selbst bis zum Mittwoch, den 13. Dezember, diese Sendung nicht in die Hände der Ortsgruppen gelangt sein, dann ersuchen wir um sofortige Reklamation.

Wir weisen nochmals auf die Notwendigkeit allerortslich die

ganzen Fragebogen

füllen mit der Abrechnung eingeschickt werden. Wir verweisen auf die in der Zukunft die künftigen Gruppen wieder in der Zeitung machen, um sie an ihre Pflicht zu erinnern.

Wir weisen darauf hin, daß die in den Händen der Ortsgruppen befindlichen Parteimarkens für Oktober und November auch im Dezember gelöst werden können.

Die Anordnung erfolgt aus Gründen der Sparsamkeit.

Die Bezirksleitung.

Aus den Betrieben.



Ein feiner Betriebsrat.

Das wird gebührend Eine besondere Freude vom Betriebsrat in der Obmann des Betriebsrates der Firma Aktiengesellschaft für Webwaren und Bekleidung, Herr Ritter, am 5. Dezember 1922 erhielt Herr Ritter in der Fabrikarbeiter-Kasse 3 und erklärte, die Arbeiter und Arbeiterinnen fallen vier

An unsere Kolporteurs.

Bei den ungeheuren Herstellungskosten der Zeitung ist es dem Verlage unmöglich, außer den bestellten Exemplaren und der tatsächlichen Leserschaft noch eine Anzahl Zeitungen zur Propaganda zu schicken. Auch ist es dringend erforderlich, daß der Verlag von allen größeren Abgängen von Abonnenten sofort in Kenntnis gesetzt wird, damit der Versand dementsprechend geregelt werden kann. Es darf im Interesse einer geregelten Kalkulation nie vorkommen, daß am Schluß eines Monats wesentlich weniger Zeitungen abgerechnet werden, als am Anfang des Monats angefordert sind. Die Kolporteurs werden ersucht, darauf hauptsächlich ihr Augenmerk zu richten.

Verlag und Expedition.

Wochen lang, je 1 Proz. vom Wochentlohn für Erwerbslose und Arme der Stadt geben, der Herr Oberbürgermeister hätte darum gebeten. Nach kurzer Aussprache behandelte der größte Teil der Arbeiterschaft durch Abstimmung, daß er mit dem Abzug nicht einverstanden sei. Vor Wut rannete dieser famole Obmann mit folgenden Worten die Treppe herunter: „Ich hab' eben die Not noch nicht kennengelernt.“

Am 6. Dezember erschien er noch einmal auf der Bildfläche, hielt in jedem Saal eine kleine Versammlung ab und erklärte folgendes: Die Direktion der Firma erklärt, daß sie mit den gesammelten Geldern, welche die Arbeiter gutwillig auf eine Liste für arme Leute gesammelt haben, nicht einverstanden ist, sondern daß die Firma darauf besteht, daß der einprozentige Lohnabzug vorgenommen wird. Nun wurde durch Herrn Ritter der Antrag gebracht: „Wer für den Abzug ist, bitte ich eine Hand zu erheben.“ Von ungefähr 100 Arbeitern und Arbeiterinnen stimmte niemand dafür. Nun verließ dieser Arbeitervertreter mit Terror gemischter Art vorzugehen. Er erklärte einzeln, daß die Firma zurzeit wenig Arbeit hat. Er wolle sich aber dafür einsehen, daß Entlassungen nicht vorgenommen werden sollen, falls die Leute für keinen Antrag stimmen. Durch diese Gewaltmaßnahme des auch-Arbeitervertreters wurde noch einmal abgestimmt, das Ergebnis war, daß die Frauen zum größten Teil, und auch einige Männer, die man zu den Spiegelfeldern rechnen muß, dafür stimmten, der große Teil der Männer stimmte gegen den Antrag.

An jedem Betrieb können die Arbeiter wieder einmal sehen, wie sehr sie auf ihre Betriebsräte acht geben müssen. Es ist Pflicht der Befehlshaber der Aktiengesellschaft für Webwaren und Bekleidung, den sofortigen Rücktritt des Betriebsrates zu erwirken. Nur dadurch können sich die Arbeiter dieser Firma davon schützen, daß dieser Betriebsrat ihnen zu noch weiteren Verschlechterungen verhilft.

Glückhül-Friedenshoffnung-Grube.

Der Herr Steiger.

Ein feiner „Kollege“ ist der Steiger der 5. Abteilung. Er sieht noch auf dem alten Herrenstandpunkt und glaubt, den Bergarbeitern durch rabiaten und schnauziges Benehmen Achtung einflößen zu können. Mit der Annahme, durch seine Unerschrockenheit etwas zu erröchen, ist er aber sehr auf dem Holzwege. Die Kameraden sind keine Rekruten, die man als unermündliche Kinder behandeln kann.

Jedenfalls müssen sich alle Kameraden das Benehmen dieses Herr Steiger wohl merken, damit sie bei gegebener Zeit Abrechnung halten können. Wir wollen es heute mit dieser Mahnung genug sein lassen, werden aber, wenn es uns angebracht erscheint, weiteres über den Herrn berichten.

Einige Bergarbeiter.

Lohnverhandlungen im Schuhmachergewerbe.

Vorstand und Lohnkommission der Schuhmacher-Zwangsgewerkschaft und die Lohnkommission der Gehilfen haben nach längerer Verhandlung die Vereinbarung getroffen, daß ab 11. Dezember der Lohn sich um 35 Prozent erhöht.

Breslau.

Votales.

Der Sieg der Spieler.

Januar näher rückt der Tag heran, an dem der Spieler Breslaus ohne Summer und Sorgen sein Haupt des Monats in die Dantenscheiben legen kann. Dieser mehr gelagert es den Behörden unter Mithilfe der Sozialdemokraten, die letzten Reste der roten Belle, die 1918 das Land überfluteten, zu beseitigen. Dabei sind sie so fleißig, daß sie das Rot gänzlich ausgerottet wollen, selbst das, was Wilhelm noch ganz baldere Zeit haben ist in ihrem Feldzuge gegen das revolutionäre Rot eine neue Gruppe erreicht: der erste gelbe Straßenbahnwagen wird in den Straßen Breslaus sichtbar! Er ist der Vorhänger der gelben Fahnen, die in Breslau sich einbürgern sollen. Sie werden, so will es der hohe Magistrat, das Feld erobern, werden das Rot verdrängen. Das Rot hat sich nicht beirrt — so begründet man die Umwälzung im Straßenbahnverkehr! Freilich, es hat sich nicht beirrt in der Lage der Spieler und Bourgeois. Zwar war es angebracht lange Zeit vor dem November, 1918. Wer nun da in Breslau die Spieler die Spieler die Spieler haben, muß das Rot wissen.

Wir hätten nicht geglaubt, daß die Nachhaber in Breslau zu jenen Dierren gehören, die es nicht leben können.

An die Mitglieder der kommunistischen Partei.

Mit Ablauf dieses Monats verlieren die bisherigen Mitglieder der kommunistischen Partei ihre Gültigkeit. Ab 1. Januar gibt es nur noch Mitgliedsbücher sowie neu angefertigte Karten. Diese Auswechslung bedingt eine rechtzeitige Kaffieren der rechtlichen Beiträge. Ortsleitung und sämtliche Kaffierer müssen am Donnerstag zu dieser Frage Stellung. Einverständnis wurde bekräftigt, daß bis zum 2. Dezember alle rechtlichen Beiträge einschließlich 52. Woche mit dem Ortsleiter persönlich sein müssen. Sämtliche Mitgliedsbücher werden eingeschickt und Mitgliedsbücher gelammelt der Ortsleitung eingeschickt. Bis zum Schluß des Monats werden sich eingehender Sitzung die neuen Bücher von der Ortsleitung zur Ausgabe bereitgestellt.

Alle Bücher werden ebenfalls zur für die Mitglieder angefertigt die über den Mitgliedsbüchern noch nachgelassen sind. Zur Orientierung bringen wir die Leistungen des letzten Monatsjahres nochmals zur Kenntnis. 5 Beiträge a 11 M., 8 Beiträge a 19 M., zwei Monatsmarken a 20, 50 oder 35 Mark, nach Höhe des Stammbuchbeitrages, ein oder zwei Monatsmarken. Außerdem hat jedes Mitglied 10 M. für Platz eines jeden Mitglieds zu zahlen, den Kaffierer bei der das neu angefertigte Buch zur im voraus zu erwidern. Sämtliche Beiträge müssen dieser Kaffieren zu unterbreiten. Mitglieder, die aus irgendeinem Grunde nicht kaffieren werden, können täglich von 5-8 Uhr im Büro beim Ortsleiter ihre Beiträge einbringen.

Der will, daß diese Auswechslung prompt und planmäßig vor sich gehen kann, der kann seinen Verpflichtungen sofort nach.

Die Ortsleitung, Rt. Kasse.

Die Brotmarkenausgabestelle für die ehemaligen Polizeibere 6, 7, 8, 10, 11, 27 wird am 13. Dezember von Niedergasse 8 nach der Oberrealschule am Seidamm verlegt. Am Umzugstage wird das Publikum noch bis 2 Uhr in der Niedergasse 8 abgefertigt.

Die Durchschnittspreise für Gas, Wasser und elektrischen Strom, die am 5. d. Ms. veröffentlicht wurden, sind aus den Einzelpreisen errechnet, die in den Monaten September bis November in Geltung waren. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß es nicht möglich ist, die Preise in voraus festzusetzen, weil die Rohstoffpreise, die Arbeiterlöhne und die Beamtenegehälter in kurzen Zwischenräumen steigen und die Gas-, Wasser- und Strompreise sofort folgen müssen, um die Werte betriebsfähig zu erhalten. — Ob die Arbeiter, Angestellten und Beamten dann noch die nötigen Mittel aufbringen, ist dem Magistrat gleichgültig!

Loewenberg.

Es geht vorwärts. Uebertritt der gesamten U.S.W.-Ortsgruppe zur K.P.D. Die U.S.W. und ihre Presse dreht ihren Mitgliedern bezw. Lesern unausgeseht den Schwindel an, daß die K.P.D. im Absterben wäre. Die K.P.D. aber wächst und gedeiht. Am Mittwoch, den 29. November fand in Loewenberg eine öffentliche Mitglieder-Versammlung statt, die von unserem Vertrauensmann einberufen wurde. Obwohl wir in Loewenberg bis dahin keine Ortsgruppe hatten, war die Versammlung ziemlich zahlreich besucht. Genosse Kanski referierte über das Thema: „Der Weg aus dem Elend.“

Im Anschluß an diese Versammlung erklärte die U.S.W.-Ortsgruppe, die nicht mitgegangen war zur U.S.W. ihren Uebertritt zur K.P.D. Der provisorisch tätige Vorstand besteht aus den ehemaligen U.S.W. Genossen L. Fritsch, Martin Burchlein, 240 a; 2. Paul Ringer, Goldbergstraße 156; 3. Erwin W. Laumann, Goldbergstraße 144. Alle Genossen und Sympathisierende werden hiermit aufgefordert, sich in allen Parteianglegenheiten an den 1. Vorsitzenden, Genossen Martin zu wenden.

An unsere Postbesteller!

Wir bringen nochmals allen Postbestellern zur Kenntnis, daß für November 165.— Mk. und für Dezember 280.— Mk. nachzuzahlen sind. Im Interesse unserer Zeitung ist es dringend erforderlich, daß jeder Postabnehmer seiner Pflicht nachkommt und die Nachzahlung leistet. Porto kann abgezogen werden.

Verlag und Expedition.

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Seite von dies. Rubrik muß ein Betrag von 6 K gezahlt werden.

KPD Bezirksleitung: Büro: Kasse: Breslauer, Nikolaistraße 49/50. Fernruf Amt Ring 8887. Adresse: Alfred Delsner, Breslauer, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto: Breslau 58504; Alfred Delsner.

Breslau, Bezirk West (umfassend die Distrikte 2, 3, 4 und 5). Montag, 11. Dezember, abends 7.30 Uhr, bei Fritz Hilbig, Silberstraße 24, außerordentliche Abteilungsversammlung. Thema: „Was bringt uns die nächste Zeit?“ Referent Genoss Ebelich. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß jede Parteimitgliedschaft unbedingt und pünktlich erscheint.

Mittwoch, 13. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Funktionäre-Versammlung. Es sind verpflichtet, alle Funktionäre der Partei, alle Vertrauensleute aus Betrieb und Gewerkschaft, sowie alle Betriebsräte. Das Versammlungslokal ist vergrößert und bietet Sitzgelegenheit für alle, auch in absehbare Zukunft. Gutes Essen wird erwartet. Mitgliedsbuch legitimiert.

KJD Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto: Breslau 67546 Max Gläser.

Breslau, Montag, 11. Dezember, abends 6.30 Uhr, Turn- und Spielabend, Turnhalle, Niedersteingasse 58/2.

Waldenburg-Mittelsdorf, Mittwoch, 13. Dezember, Vortrag: „Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung.“

Sonntag, 17. Dezember, vormittags 9 Uhr, im „Gartenhof zur Friedenshoffnung“ Generalprobe zur Sonnenfeier. Die Genossen von Waldenburg und Mieslau werden sich 8.30 Uhr im Jugendheim, von da aus Umsturz, Theater spielen sowie Mandollinenspieler haben bestimmt zu erscheinen.

Gewerkschaften

Alle Zusendungen in Gewerkschaftsangelegenheiten an das Sekretariat, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Breslau, Metallarbeiter, Dienstag, 12. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro, total, Zusammenkunft aller im Metallarbeiterverband organisierten und in der Metallindustrie beschäftigten Kommunisten. Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung, die am 14. stattfindet.

Freiburg, Montag, 11. Dezember, abends 7 Uhr, Arbeitsnächte der kommunikativen Metallarbeiter im „Bachwald“. Alles zum erscheinen.

Mittwoch, 13. Dezember, abends 7 Uhr, im „Bachwald“, Parteiverkehr, Schul- und Betriebsräte müssen erscheinen. Vertrauensleute und Interessenten sind eingeladen.

Nieder-Altweiler, Bergarbeiterverband, Sonntag, vorm. 9 Uhr, im „Erntehof“, publizistische Versammlung. Die Kameraden werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartisch; Inserate Max Gläser; Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G., m. b. H. sämtlich in Breslau.

Ankauf

von

Gold-, Silber-, Platin-,

Uhren-Bruch-Gegenständen

wie Bestecke in Silber, Alpaka etc.

zu höchsten Tagespreisen

in Leihhaus

Brüll & Co.

Matthiasstrasse 88.

Herren-Stoffe

Damenkostüm- und Mantelstoffe, feinste blaue und schwarze Tuche, Kasimir und Cheviots, Merges, Homespunne, Covercoat, Wetterloden, Manchester

Winter-Ulster - Flausche

TUCH-Lager

CARL KORTE

BRESLAU

Tweentzenstraße 2 und Herrenstraße 7.